



Fachverband der Gas- und Wärmeversorgungsunternehmen
Sparte Industrie der Wirtschaftskammer Österreich
A-1010 Wien, Schuberting 14
Telefon: +43 1 513 15 88-0*
Telefax: +43 1 513 15 88-25
E-Mail: office@gaswaerme.at
Internet: www.gaswaerme.at



Energie-Control Austria

Rudolfsplatz 13a
1010 Wien

Per E-Mail an: remit@e-control.at

Ihr Zeichen / Ihre Nachricht von

Unser Zeichen

DW

Datum

LI/DÜ

39

31.10.2014

Stellungnahme des Fachverbandes der Gas- und Wärmeversorgungsunternehmen zum Begutachtungsentwurf der Energiegroßhandelsdaten-VO zur REMIT-Umsetzung

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir danken für die Übermittlung des aktuellen Entwurfs der EGHD-VO und dürfen zu diesem wie folgt Stellung nehmen:

1. Allgemeines:

Eine zentrale Verpflichtung der EU-Verordnung Nr. 1227/2011 (REMIT) ist die europaweite Meldung von abgeschlossenen Transaktionen und Handelsaufträgen auf Energiegroßhandelsmärkten. Art 7 REMIT sieht vor, dass die ACER Daten zur Bewertung und zum Monitoring der Energiegroßhandelsmärkte wie in Art 8 vorgesehen, erhebt. Art 8 legt fest, dass die EU-Kommission im Wege von Durchführungsrechtsakten eine Liste der zu meldenden Verträge und Derivate sowie allfälliger Bagatellgrenzen erstellt und einheitliche Vorschriften über die Meldung dieser Informationen sowie den Zeitpunkt und die Form für die Meldung festlegt.

Die Datenerhebung wird somit im Wege der - bereits am 3. Oktober 2014 beschlossenen - Durchführungsrechtsakte der Europäischen Kommission bestimmt. Weiters ist es Aufgabe der ACER, die näheren Details des Reportings festzulegen und ein Verfahren für den Austausch der Daten mit den nationalen Regulierungsbehörden einzurichten (vgl Art 10 REMIT).

Am 8. Juli 2014 hat ACER mit Frist bis 2. September ein überarbeitetes Konsultationspapier über die Details der zu meldenden Handelsdaten, einschließlich der Datenfelder, Formate und Reportingstandards (Transaction Reporting User Manual, TRUM) sowie den Entwurf der technischen und organisatorischen Voraussetzungen (RRM) veröffentlicht.

ACER hat bereits seit 2011 eine Vielzahl von Veranstaltungen mit Marktteilnehmern und sonstigen Stakeholdern abgehalten, die laufend zu Modifikationen der meldepflichtigen Informationen geführt haben. Dass ein Transaktionsreporting auf EU-Ebene noch nicht finalisiert wurde, liegt in dessen Komplexität, insbesondere im Hinblick auf die Verfügbarkeit und die große Menge der Daten (es müssen pro Transaktion ca. 60 Datenfelder gemeldet werden) sowie die Übereinstimmung der von verschiedenen Vertragsparteien gemeldeten Transaktionsdaten.

2. Zum Alleingang Österreichs

Ungeachtet dieser laufenden und kurz vor Abschluss stehenden europäischen Entwicklung hinsichtlich REMIT beabsichtigt nun die E-Control mit der „Energiegroßhandelsdaten-VO“ (EGHD-VO) ein eigenes nationales Transaktionsreporting beginnend mit 1. April 2015 einzurichten.

Auf Grund der zeitlichen Abfolge und des Fehlens der finalisierten TRUM Dokumentes auf EU-Ebene, als unabkömmliches Dokument, um die Eingabe der Daten in die Reportingfelder zu beschreiben, ist die Vermeidung von Doppelreportings unwahrscheinlich, da sich das europäische Reporting nach den Details des österreichischen Reportings richten müsste. Es ist daher zu erwarten, dass es im Ergebnis fraglos zu einem doppelten Reporting kommen wird, dessen Vermeidung jedoch ein klar deklariertes Ziel von REMIT war.

Es ist daher zu erwarten, dass es im Ergebnis zu einem doppelten Reporting mit unterschiedlichen Kriterien und Anforderungen kommen wird. Dies hat für die Unternehmen zur Folge, dass sie entweder zwei parallele IT-Systeme aufbauen oder die zusätzliche Fülle an unterschiedlichen Daten manuell im System eingeben müssten. Der damit verbundene Aufwand sowie die Kosten sind jedoch den Unternehmen nicht zumutbar und steht in keiner Relation zum erwarteten Mehrwert.

Erwägungsgrund 19 der REMIT stellt ausdrücklich fest, dass Meldepflichten auf ein Mindestmaß beschränkt werden sollten und nicht zu unnötigen Kosten und Verwaltungsaufwand für die Marktteilnehmer führen dürfen. Doppelte Meldungen sollten damit eindeutig verhindert werden.

Eine - zeitlich vorgelagerte - nationale Verordnung mit ähnlichem Inhalt wie REMIT steht unseres Erachtens im Widerspruch zu den aktuellen europäischen Entwicklungen und konterkariert das Gebot der Vermeidung von Verwaltungsaufwand und unnötigen Kosten und somit dem verfassungsrechtlichen Gebot der Verhältnismäßigkeit.

Darüber hinaus ist zu befürchten, dass die im Zuge von EMIR gemachten Fehler wiederholt werden bzw. durch ein nationales Reporting noch verstärkt werden.

Beispielsweise beinhaltet der Verordnungsentwurf keinen Lösungsansatz für ein Prozedere der einheitlichen Vertragskennung durch die Marktteilnehmer – Feld 14 bei Tabelle 2. Dieses unter EMIR als „UTI Problem“ vieldiskutierte wesentliche Kriterium, welches zu den niedrigen Prozentsätzen der für ESMA eindeutig zuordenbaren Kauf- und Verkaufsseite der gemeldeten Geschäfte führt, ist somit gänzlich ignoriert und wiederholt worden, um nur auf eines der augenscheinlichsten Probleme hinzuweisen.

Der gemeinsame Code für ein Geschäft, das sowohl vom Käufer als auch vom Verkäufer bei der Meldung angegeben wird, ist eine grundlegende Umsetzungsvoraussetzung. Selbst bei ACER ist dieser Code noch nicht final festgelegt worden. Ohne diesen Code kann die Käufer- und Verkäuferseite von der Behörde aber nicht zusammengeführt (gematcht) werden. Damit fehlt ein wesentliches Kriterium bei der Bewertung, ob die Meldung korrekt ist bzw. dieser Geschäftsfall überhaupt stattgefunden hat.

Weiters stimmen die Anhänge der EGHD-VO in den Felderbezeichnungen und Felderbeschreibungen der Letztfassung der REMIT Implementing Acts nicht überein und es ist somit eine Aktualisierung dieses Verordnungsentwurfes unumgänglich, da eine einheitliche Felderbeschreibung und Bezeichnung der Feldinhalte als unabdingbares Mindestkriterium für die Anforderung des Vermeidens von Doppelreporting eine notwendige Voraussetzung darstellt.

Gerade in solchen Fällen zeigt sich, dass ein einheitliches Vorgehen auf europäischer Ebene sinnvoller ist als Alleingänge nationaler Regulatoren. Im Übrigen würden gerade in einheitlichen Marktgebieten Energieversorgungsunternehmen einen Wettbewerbsnachteil erleiden, die bereits Meldepflichten unterliegen, andere Marktteilnehmer jedoch (noch) nicht.

Als Konsequenzen des isolierten Vorgehens auf nationaler Ebene ist mit wesentlichen zusätzlichen Kosten für die betroffenen Unternehmen und weitere negative Auswirkungen zu rechnen:

- **Fehlende Koordination** bei der Übermittlung der Daten auf österreichischer und europäischer Ebene und als Folge **fehlende Kohärenz der Datensätze** (fehlende Übereinstimmung und dadurch vermehrter Abstimmungsaufwand), aufgrund der verschiedenen Umsetzungszeitpunkte der Energiegroßhandelsdaten-VO und von REMIT.
- **Unterschiedliche Stichtage** auf nationaler und EU-Ebene zur Übermittlung gleicher Geschäftsfälle. Insbesondere bei bestehenden, aber noch nicht erfüllten Verträgen führen unterschiedliche Meldezeitpunkte zugleich zu unterschiedlichen Beurteilungszeitpunkten und damit zwangsläufig zu **Doppelmeldungen** und einem erhöhtem Administrationsaufwand.
- Potentiell widersprüchliche und daher **unrichtige Interpretation** der Daten. In der Folge ist der eigentliche Zweck einer erhöhten Transparenz auf Energiemärkten samt richtiger Risikobeurteilung nicht erreichbar.
- Potentiell **unrichtige Beurteilung** von Marktmissbrauch und Insider-Trading, zudem mögliche unterschiedliche Bewertungen auf nationaler Ebene und EU Ebene.
- **Doppelmeldung** für Gas und Strom Derivate, die schon zu Hedging Zwecken unter EMIR gemeldet wurden. Dies führt zwangsläufig zu zwei Doppelreportings, nämlich unter der Energiegroßhandelsdaten-VO und REMIT einerseits sowie unter der Energiegroßhandelsdaten-VO und EMIR andererseits. Gemäß Art 8 Abs 3 REMIT soll dies aber ausdrücklich vermieden werden.
- Für die Übermittlung von abgeschlossenen, jedoch zum Stichtag des Reportingbeginns noch offenen Verträge, käme es zu einer weiteren **Doppelbelastung** der Unternehmen, da auf nationaler und europäischer Ebene unterschiedliche Stichtage festgelegt werden und die Datenfelder bei Beginn des nationalen Berichtswesens noch nicht mit den EU-Anforderungen abgestimmt sein können.
- **Bedeutungsverlust** für den **Handelsplatz Österreich**, da internationale Unternehmen diesen zur Vermeidung von zusätzlichen Reportingverpflichtungen zumindest zwischenzeitlich meiden werden. Die EGHD-VO lässt eine Beeinträchtigung der Reputation und der Liquidität des österreichischen Marktes befürchten. Die Kosten und der Ressourcenaufwand stellen für internationale Unternehmen eventuell sogar Markteintrittsbarrieren dar und konterkariert damit eine wesentliche Zielsetzung der ECA.

Der aktuelle Zeitplan der EGHD-VO sieht ein Inkrafttreten der Meldepflichten nur wenige Monate vor dem Inkrafttreten der Meldepflichten unter REMIT vor. Der geringe zeitliche „Vorsprung“ **steht in keiner Relation zu den damit verbundenen Kosten und dem Ressourcenaufwand der betroffenen Unternehmen** (siehe dazu unten zum Vorblatt).

Wir sprechen uns daher klar gegen ein Festlegen von nationalen Reportingverpflichtungen im Alleingang aus, zumal auf Grund der zeitlichen Abfolge von doppelten Reportingverpflichtungen ausgegangen werden muss. Es ist daher erforderlich, die ein-

schlägigen europäischen Vorgaben abzuwarten und erst auf dieser Basis gegebenenfalls ein in sich konsistentes Meldeverfahren aufzubauen. Nationale Alleingänge sind völlig ineffizient und kostenintensiv.

Die Erhöhung der Transparenz des Energiegroßhandelsmarktes kann nur auf europäischer Ebene zu einem effizienten und sinnvollen Ergebnis führen, da Energiegroßhandelsmärkte zweifellos grenzüberschreitende Aspekte aufweisen und ein europaweit einheitliches Vorgehen offenkundig Vorteile hat.

Eine eigene nationale Regelung sollte allenfalls – sofern überhaupt erforderlich - bestimmte zur Marktüberwachung notwendige Informationen ergänzend zu REMIT zum Inhalt haben und zeitlich nachgelagert zu REMIT umgesetzt werden. Dabei ist aber darauf zu achten, dass ergänzende Daten einen entsprechenden tatsächlichen Mehrwert zur Steigerung der Transparenz darstellen und nicht bereits durch die europäische Berichtspflicht erfasst sind.

Im Zusammenhang mit der EMIR wurde bereits mit Februar 2014 europaweit ein verpflichtendes Transaktionsreporting für nicht von REMIT umfasste Derivate eingerichtet. Bei diesem besteht erhebliche Unklarheit beim Zusammenführen der gemeldeten Transaktionen, sowohl auf Ebene der nationalen als auch beim verpflichtenden Portfolioabgleich zwischen den Unternehmen. Dies vor allem deshalb, weil die Identifikationsnummern für Unternehmen und für einzelne Transaktionen zum Teil nicht bzw nicht ausreichend klar geregelt wurden. Es ist daher zu befürchten, dass die im Zuge von EMIR gemachten Fehler nun mit der nationalen EGHD-VO wiederholt werden bzw durch Einrichten eines nationalen Reportings noch verschlimmert werden.

Daher ist die europäische Entwicklung abzuwarten und die geplante Verordnung allenfalls erst zu einem späteren Zeitpunkt im Gleichklang und unter Berücksichtigung europäischer Vorgaben zu erlassen. Dies entspricht auch der Vorgangsweise anderer Mitgliedstaaten. In Deutschland beispielsweise ist die nationale Umsetzung von REMIT im Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) geregelt. Die Markttransparenzstelle kann grundsätzlich nach Maßgabe einer noch zu erlassenden Rechtsverordnung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie Festlegungen treffen, welche Daten bzw. Datenkategorien an sie zu melden sind. Allerdings sollen entsprechende Festlegungen erst getroffen werden, wenn die Meldepflichten unter REMIT feststehen. Es kommt somit zu keinem vorgezogenem nationalen Reporting.

Die Pflicht zur Marktüberwachung trifft alle nationalen Energieregulierungsbehörden in Europa gleichermaßen. Es ist kein Grund ersichtlich, warum Österreich - als einziges Land in der EU - eine eigene nationale Verordnung erlässt, die eigene nationale Meldepflichten kurz vor Beginn der Meldepflichten unter REMIT zum Inhalt hat. Würde jede Regulierungsbehörde eine eigene nationale Verordnung mit eigenen nationalen Meldeverpflichtungen erlassen, müssten international agierende Unternehmen für jedes Land - zusätzlich zum Reporting auf europäischer Ebene - eigene Meldeprozesse implementieren. Dies kann nicht im Sinne einer europäischen Vorgehensweise sein.

Abgesehen davon gibt es bereits umfassende nationale Transparenzbestimmungen, u.a. gemäß Gasmonitoring-VO, die in der Summe die geplanten Meldepflichten inhaltlich größtenteils abdecken. So hat die E-Control schon heute die Möglichkeit, zB mittels der Energiegroßhandels-Transaktionsdaten-Aufbewahrungsverordnung auf relevante Transaktionsdaten zuzugreifen. Es ist daher nicht nachvollziehbar, dass die gleiche Information auf Basis unterschiedlicher Rechtsnormen mehrfach an die Behörde übermittelt werden müsste.

3. Zum Vorblatt des Begutachtungsentwurfs:

Unter der Überschrift „Alternativen“ wird seitens der ECA angeführt, dass *die Veröffentlichung und das Inkrafttreten der dazu notwendigen Durchführungsverordnung gemäß Art 8 Abs 2 und 6 REMIT sowie die Implementierung der Datensammlung durch ACER sich aus jetziger Sicht noch über die nächsten Monate bzw. Jahre hinziehen werden.*

Dies trifft aber aus heutiger Sicht gerade nicht mehr zu: Die finale Version der Durchführungsrechtsakte (Implementing Acts) wurde von der EU-Kommission bereits am 3. Oktober 2014 beschlossen und wird in Kürze nach redaktioneller Überarbeitung erlassen und im Amtsblatt veröffentlicht werden (voraussichtlich erste Novemberhälfte) und in Kraft treten (20 Tage nach Veröffentlichung). Darin werden die Fristen für den einheitlichen Beginn der Berichtspflichten für den euro-päischen Raum festgelegt (Reporting der Standardverträge 9 Monate nach Inkrafttreten und von Nicht-Standardverträgen 15 Monate nach Inkrafttreten).

Gemäß den Erläuterungen sei es - um dem gesetzlichen Auftrag gemäß § 24 Abs 1 Z 4 E-ControlG nachkommen zu können - *notwendig, zunächst auf nationaler Ebene eine umfangreichere Verordnung zu erlassen, die dann nach Inkrafttreten der Durchführungsverordnung der EU-Kommission entsprechend zu reduzieren sein wird.*

Da die Durchführungsrechtsakte aber bereits in Kürze in Kraft treten werden, macht die Erlassung der geplanten nationalen Verordnung - vermutlich zur gleichen Zeit - keinen Sinn mehr. Auch die erforderlichen Implementierungsdokumente von ACER für die Datensammlung auf europäischer Ebene werden in absehbarer Zeit vorliegen.

Auch geht auch die Argumentation mit den Erläuterungen zur E-ControlG-Novelle 2013 ins Leere, da die Annahmen des Gesetzgebers zum jetzigen Begutachtungszeitpunkt des Verordnungsentwurfes - aus oben genannten Gründen - nicht mehr zutreffen.

Eine umfangreichere nationale Verordnung gemäß § 25a Abs 2 E-ControlG hätte bereits *unmittelbar nach Inkrafttreten der neuen Bestimmungen* der E-ControlG-Novelle 2013 erlassen und nach ihrem Inkrafttreten entsprechend dem Umfang der Durchführungsrechtsakte reduziert werden müssen. Diesen Vorgaben hat die ECA nicht entsprochen. Das Inkrafttreten der Durchführungsrechtsakte der EK wird nun aber vermutlich zeitgleich mit der Veröffentlichung der EGHD-VO erfolgen (und nicht erst „nach Jahren“), sodass bereits nach den Erläuterungen zum Gesetz die Voraussetzungen für die Erlassung einer Verordnung gemäß § 25a Abs 2 E-ControlG - mangels einer vom Gesetzgeber angenommenen zeitlichen Lücke – weggefallen sind.

Dass andererseits zwischen dem Beginn des europäischen Reportingsystems bei ACER und den Meldepflichten gemäß der EGHD-VO lediglich ein paar Monate liegen, kann angesichts der beschriebenen gravierenden Nachteile und Mehrbelastungen für die Unternehmen keine ausreichende Rechtfertigung für eine umfangreiche Verordnungserlassung auf nationaler Ebene sein. Vielmehr würde dies dem vom VfGH aus dem Sachlichkeitsgebot des Gleichheitsgrundsatzes abgeleiteten Verhältnismäßigkeitsgebots widersprechen.

Zudem ist das Vermeiden eines nationalen Doppelreportings ein klar deklariertes Ziel von REMIT und auch das Energie-Control-Gesetz zielt auf die Vermeidung von Doppelmeldungen ab.

4. Zu den einzelnen Bestimmungen des Begutachtungsentwurfes:

Unbeschadet der grundsätzlich ablehnenden Haltung zum Verordnungsentwurf, werden zu den einzelnen Bestimmungen folgende Kritikpunkte angemerkt:

Zu § 1 Gegenstand und Anwendungsbereich:

Der Anwendungsbereich der Verordnung ist weder hinsichtlich der betroffenen Märkte noch hinsichtlich der betroffenen Unternehmen hinreichend konkretisiert.

Zu § 1 Abs 1 stellt sich etwa bei der Formulierung „*Auswirkungen auf den österreichischen Energiegroßhandelsmarkt*“ die Frage, welche Voraussetzungen für die Marktteilnehmer gelten und in wie fern der Geltungsbereich sich auch auf internationale Unternehmen erstreckt, deren Tätigkeit „*Auswirkungen auf den österreich-ischen Energiegroßhandelsmarkt*“ hat. Es muss klar definiert sein, was unter dem Begriff „*Auswirkungen*“ zu verstehen und umfasst ist. Hier bedarf es jedenfalls einer Nachschärfung im Verordnungstext oder einer detaillierten Berücksichtigung im Anhang (siehe auch Anmerkung zu § 2 Z 1 lit a).

Zu § 2 Begriffsbestimmungen:

Grundsätzlich besteht auch noch ein Nachbesserungsbedarf bei den Begriffsbestimmungen. Beispielsweise fehlt eine klare Definition, wer im Sinne der Verordnung als „*Meldepflichtiger*“ gilt. Dieser Begriff wird in der EGHD-VO oftmals verwendet; die Definition dieses Begriffs sollte daher in den Begriffsbestimmungen ergänzt werden, um Unklarheiten zu vermeiden.

Unklar ist weiters die Ausnahme unter § 2 Z 1 lit a (600 GWh pro Jahr). Ohne einer entsprechenden Konkretisierung der hier angeführten Bestimmungen kann keine Zuordnung der Rolle des Marktteilnehmers in Bezug auf Endverbraucher vorgenommen werden.

Der Verordnungsentwurf berücksichtigt nicht die Behandlung von Derivaten, welche bereits aufgrund der EU-Verordnung Nr. 648/2012 über OTC-Derivate, durch die Meldung an die EMIR Transaktionsregister erfasst werden, und daher nicht unter REMIT nochmals übermittelt werden müssen. Ein Ausbleiben dieser Ausnahme von der nochmaligen Reportingverpflichtung unter REMIT führt zu einem weiteren Doppelreporting auf nationaler Ebene. Eine entsprechende Ausnahme muss daher in der Verordnung aufgenommen werden.

Zu Z 1 lit a:

Der Begriff „*Standort*“ gemäß § 2 Z 1 lit a ist in diesem Zusammenhang keine klar messbare Größe und müsste entsprechend konkretisiert werden (z.B. Zählpunkt). Darüber hinaus lässt sich seitens des Lieferanten in Bezug auf die 600 GWh Verbrauchskapazität keine entsprechende Prüfung durchführen. Eine Möglichkeit wäre, aus dem Verbrauch der vergangenen 3 Jahre eine Meldepflicht zu statuieren, sodass jene Endverbraucher, die in einem Jahr (innerhalb der letzten 3 Jahre) die Verbrauchsgrenze von 600 GWh/Jahr überschritten haben, sich diesbezüglich deklarieren müssten. Aus diesem Grund müsste eine, entsprechend dieser Grenze geführte Aufzeichnung (Endkunden, die eine Verbrauchskapazität über 600 GWh deklarieren) durch die ECA zur Verfügung gestellt werden. Die Meldepflicht an die ECA bei Überschreitung der Grenze muss dabei beim Endkunden verbleiben.

Besonders bedenklich ist, dass unter den Begriff der Energiegroßhandelsprodukte Verträge und Derivate betreffend Strom oder Erdgas fallen, *insoweit die Tätigkeit Auswirkungen auf den österreichischen Energiegroßhandelsmarkt hat*. Nachdem das deutsche und die west-

österreichischen Marktgebiete einheitlich sind, wären wohl auch in Deutschland getätigte Geschäfte ebenfalls in Österreich meldepflichtig. Somit wären auch ausländische Unternehmen, die Geschäfte in Deutschland mit Auswirkungen auf den österreichischen Markt abschließen, betroffen. Eine solche Kompetenz kann der Agentur ACER unterstellt werden, aber nicht einer nationalen Regulierungsbehörde wie E-Control.

Zu Z 1 lit b:

Unklar ist, warum in § 2 Z 1 lit b auch die **Verträge über den Speicherzugang** als Großhandelsprodukt angeführt werden. Gemäß Art 2 Abs 4 REMIT sowie der finalen Durchführungsrechtsakte der EU-Kommission sind Speicherverträge nicht vom Begriff des Energie-großhandelsproduktes erfasst und somit nicht meldepflichtig.

Die Informationen von Speicherverträgen (wie in Tabelle 7 im Anhang der EGHD-VO gefordert) werden ohnehin bereits von den Speicherunternehmen gemeldet. Diese legen der Regulierungsbehörde gemäß § 101 GWG jeden einzelnen Speichervertrag vor, insofern ist der Behörde bekannt, dass Speicherkapazitäten in Österreich auf Basis eines Fixpreises vermarktet werden und nicht basierend auf einem „underlying“ (z.B. Forward-Preis) oder sonstigen variablen Bezugsgrößen. Insofern kann ein Speicherkunde den Preis und somit Wert eines Speichervertrages als Handelsinstrument während der Vertragslaufzeit nicht manipulieren. Eine Erweiterung der Reportingverpflichtungen im Verordnungsentwurf im Vergleich zu den europarechtlichen Vorgaben ist deshalb überschießend und zudem noch unnötig (da ohne Aussagekraft oder Mehrwert), weshalb wir uns eindeutig dagegen aussprechen. Ein Doppelreporting der gleichen Informationen sollte unbedingt vermieden werden und daher ist die Meldepflicht von Verträgen über den Speicherzugang (§ 2 Z 1 lit b und Tabelle 7 im Anhang) ersatzlos zu streichen.

Aufgrund des vorliegenden Verordnungsentwurfes ist auch unklar, wer Meldeverpflichteter bzgl. Speicherzugangsverträgen wäre. So ist nicht ersichtlich, ob im Fall von primären Gasspeicher Transaktionen nur das Speicherunternehmen oder auch der Käufer der Speicherdienstleistung meldepflichtig wäre. Auch bzgl. sekundärer Gasspeicher Transaktionen ist die Meldeverpflichtung nicht spezifiziert.

Zu Z 3:

Der Definition des „Marktteilnehmers“ fehlt die notwendige Genauigkeit, um in diesem Zusammenhang entsprechend aussagekräftig zu sein, zumal sowohl bei einer „Transaktion“ als auch bei einem „Handelsauftrag“ jeweils mehr als eine Partei involviert ist. Zur Z 3 muss darüber hinaus angemerkt werden, dass auch der Begriff „Transaktion“ einer genaueren Beschreibung bedarf und zudem festgelegt werden sollte, ob darunter Kauf und/oder Verkauf und/oder Trading zu verstehen ist.

Zu § 4 Datenübermittlung:

Zu § 4 Abs 3:

In § 4 Abs 3 ist geregelt, dass Standardverträge durch organisierte Märkte an die ECA zu melden sind. Informellen Informationen zufolge ist die Regelung so zu interpretieren, dass die Unternehmen nicht subsidiär meldeverpflichtet sind, sollte die Meldungen der organisierten Märkte nicht oder unrichtig erfolgen. Eine diesbezügliche ausdrückliche Klarstellung in der EGHD- VO wäre begrüßenswert.

Zu § 4 Abs 4:

Das Festlegen der Frist auf „spätestens 12:00 Uhr des auf den Abschluss folgenden Werktags“ in Bezug auf die Übermittlung meldepflichtiger Daten entsprechend § 4 Abs 4 des Entwurfs lässt sich nicht von der REMIT ableiten und ist daher mangels plausibler Begründung als nicht nachvollziehbar abzulehnen.

Zu § 4 Abs 5:

Bzgl. der Meldepflichten von Nicht-Standardverträgen gibt es noch eine Vielzahl an Unklarheiten bzw. fehlenden Definitionen. So ist beispielsweise nicht bekannt, wie die „Verbrauchskapazität“ gemäß Art 2 Z 5 REMIT berechnet wird. Somit ist auch nicht bekannt, welche Endkunden die Grenze von 600 GWh/Jahr überschreiten und von der Meldepflicht überhaupt betroffen sein werden. Selbst bei Gewissheit über die Berechnungsmethodik kann der Energielieferant eines Endkunden aber nicht feststellen, ob der Vertrag meldepflichtig ist, da eventuell auch noch andere Bezugsverträge des Endverbrauchers vorliegen könnten. Jedenfalls sollte in Österreich dieselbe Bestimmungsmethode für „Verbrauchskapazität“ herangezogen werden wie von ACER unter REMIT. In der operativen Umsetzung sollte es seitens der ECA eine Information geben, welche Endverbraucher von der Meldeverpflichtung betroffen sind.

Änderungen von Nicht-Standardverträgen sollen unter der EGHD-VO nicht von den Meldepflichten betroffen sein. Eine ausdrückliche Regelung in der Verordnung zur Klarstellung wäre wünschenswert.

Zu § 4 Abs 8:

Die Meldepflicht hinsichtlich des Backloadings (bestehende, aber noch nicht erfüllte Verträge) auf nationaler Ebene und die mit den Implementing Acts erwarteten Meldepflichten auf EU-Ebene, führen wegen der unterschiedlichen Zeitpunkte des Inkrafttretens zu eindeutigen Doppelmeldungen. Gleichzeitig ist zu befürchten, dass es auf Grund des unterschiedlichen Meldezeitpunkts bei fortlaufendem Geschäft im Vergleich zwischen nationaler und EU-Ebene zu einem verzerrten, irreführenden Bild kommen muss. Eine eigene Backloading Regelung auf nationaler Ebene muss aus diesen Gründen äußerst kritisch betrachtet werden und sollte in Hinblick auf die zu erwartende Regelung auf EU-Ebene abgelehnt werden.

Zu § 5 Inkrafttreten und Schlussbestimmungen:

Das Inkrafttreten der Energiegroßhandelsdaten-Verordnung mit 1. April 2015 bzw. 1. Juli 2015 würde jenem der Implementing Acts auf EU-Ebene nach dem aktuellen Stand der Verhandlungen um 6 Monate vorgreifen. Es muss grundsätzlich die Sinnhaftigkeit der nationalen Verordnung zu diesem Zeitpunkt hinterfragt werden, zumal seitens der E-Control kommuniziert wurde, dass die nationale Verordnung lediglich bis zum Inkrafttreten der REMIT Reportings auf EU-Ebene durch ACER in vollem Umfang Geltung haben sollte.

Um Mehrfachreportings in Zukunft zu vermeiden, müsste in der EGHD-VO jedenfalls noch ausdrücklich geregelt werden, dass die Meldepflichten dieser Verordnung außer Kraft treten, sobald die entsprechenden europaweiten Meldepflichten unter REMIT in Kraft getreten sind. Andernfalls ist wohl ein dauerhaftes Mehrfachreporting mit entsprechendem Kosten- und Ressourcenaufwand zu befürchten.

Zu den Anhängen:

Die gemäß der EGHD-VO an die E-Control zu meldenden Daten gehen schon jetzt über die von ACER aktuell vorgelegten Entwürfe bzw. Durchführungsrechtsakte hinaus. Die Verordnung erweckt den Eindruck einer Vorratsdatensammlung durch die E-Control, die aus rechtlichen Gründen sehr bedenklich ist. Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz ist jedenfalls zu berücksichtigen.

Die Anhänge der EGHD-VO stimmen in den Felderbezeichnungen und Felderbeschreibungen der gesichteten Letztentwürfe der REMIT Implementing Acts nicht überein und es ist somit eine Aktualisierung dieses Verordnungsentwurfes unumgänglich, da eine einheitliche Felderbeschreibung und Bezeichnung der Feldinhalte als unabdingbares Mindestkriterium für die Anforderung des Vermeidens von Doppelreporting eine notwendige Voraussetzung darstellt.

Gerade in solchen Fällen zeigt sich, dass ein einheitliches Vorgehen auf europäischer Ebene sinnvoller ist als Alleingänge nationaler Regulatoren. Im Übrigen würden gerade in einheitlichen Marktgebieten Energieversorgungsunternehmen durch nationale Alleingänge einen Wettbewerbsnachteil erleiden, die bereits Meldepflichten unterliegen, andere Marktteilnehmer jedoch (noch) nicht.

Da die ECA die Absicht hat, in der EGHD-VO die identen Anhänge wie in dem REMIT Implementing Acts zu verwenden, sollte jedenfalls die Veröffentlichung der REMIT Durchführungsrechtsakte abgewartet werden. Um Unterschiede und Missinterpretationen zu vermeiden, sollte unbedingt die idente deutsche Übersetzung der Anhänge der REMIT Implementing Acts auch in der EGHD-VO herangezogen werden.

Operative Umsetzung:

a) Reportingformate:

Noch ist unklar, in welcher Art das Reportingformat festgelegt wird. Um den betroffenen Unternehmen die Meldepflichten zu erleichtern, sollte jedenfalls für sämtliche Meldeformulare des Anhangs eine Vielzahl an verschiedenen Reportingmöglichkeiten zur Verfügung stehen (z.B. Onlineformulare, Excel- bzw. Csv-Files, sämtliche Standard-Datenübermittlungsformate). Besonders für kleinere bzw. mittlere Unternehmen stellt die Möglichkeit manueller Eingaben eine gangbare Lösung dar, wenn eine automatisierte IT-Lösung nicht wirtschaftlich ist.

b) Unique Trade Identifier („UTI“):

Aus operativer Sicht der Unternehmen - und basierend auf den Erfahrungen von EMIR - stellt ein einheitlich generierter UTI eine absolut notwendige Voraussetzung zur Auswertung und Analyse der gemeldeten Daten dar. Um europaweit eine einheitliche Lösung zu haben, ist es eine unbedingte Notwendigkeit, einen von ACER vorgegebenen Algorithmus zur Generierung des UTI zu verwenden.

Abschließend möchten wir unsere Positionen kurz zusammenfassen:

- Der Fachverband Gas Wärme unterstützt ein europäisches Transaktionsreporting und spricht sich klar gegen das geplante isolierte nationale Reportingverpflichtungssystem der E-Control aus, das zwangsläufig zur Etablierung eines Doppelreportings führen und im schlimmsten Fall einer europäischen einheitlichen Lösung zuwider laufen würde.

- Es sollte unbedingt die europäische Entwicklung abgewartet werden und allenfalls die geplante Verordnung erst zu einem späteren Zeitpunkt erlassen werden. Das Festlegen einer nationalen Reporting-verpflichtung so kurz vor Finalisierung der Meldepflichtung auf EU-Ebene ist nicht zweckmäßig, da die erheblichen Mehrkosten einer frühzeitigen isolierten Verpflichtung in keinerlei Relation zum etwaigen kurzfristigen Informationsgewinn stehen.
- Als Konsequenz des österreichischen Alleinganges ist mit wesentlichen zusätzlichen Kosten für die Unternehmen und weiteren negativen Konsequenzen zu rechnen. Dies würde eine wettbewerbsverzerrende Zusatzbelastung für den österreichischen Energiemarkt bedeuten. Die Zusatzaufgaben durch die Verordnung könnten zur Folge haben, dass der österreichische Markt an Attraktivität verliert.

Wir danken für die Möglichkeit zur Stellungnahme und ersuchen um Berücksichtigung unserer Bedenken und Anliegen.

Mit freundlichen Grüßen

Mag. Michael Mock
Geschäftsführer

Mag. Michael Lichnovsky
Bereich Gas